



SFR OSAR



Elfenbeinküste

(Republik Côte d'Ivoire)

Fläche: 322 460 km²

Bevölkerung: 16,962,500

Hauptstadt: Yamoussoukro, seit 1983

(Regierungssitz, Wirtschaftsmetropole: Abidjan)

Unabhängigkeit: 7. August 1960 (frz. Kol.)

Nationalfeiertag: 7. August

Verfassung: Verfassung von 1960, letzte Änderung Juli 2000

BSP pro Einwohner: 630 US-\$

Währung: CFA Franc (1 CHF = 417'801 CFA-Franc).

Armut: Je nach Quelle: 10 % der Bevölkerung in extremer Armut, bis 50 % mit weniger als 2US-\$ pro Tag.

Ressourcen: Erdöl, Erdgas, Gold, Diamanten, Mangan, Eisenerz, Bauxit.

Landessprachen: Französisch (Amtssprache), insgesamt über 60 Dialekte (am verbreitetsten: Diula; weitere Dialekte: Senufo, Baoulé, Bété, verschied. Gur- und Mande-Sprachen).

Religionen: 20-30 % Christen, 35-40 % Muslime, 25-40 % Naturreligionen.

Ethnische Gruppen: Insgesamt über 60 Ethnien, die wichtigsten: Senufo, Baoulé, Bété, Malinké, Dan, Agni, Gouro, Diula; restliche Bevölkerung Burkanibé, Libanesen, Franzosen.

Staatsform: Präsidialrepublik seit 1960.

Administrative Einheiten: 18 Regionen und 58 Departemente (1-6 Departemente pro Region).

Wahlrecht: ab 21 Jahren, Direktwahl des Staatsoberhauptes alle fünf Jahre.

Staatsoberhaupt: Laurent Gbagbo (seit 26.10.2000).

Regierungschef: Seydou Elimane Diarra (seit 10.2.2003).

Parlament: Einkammerparlament mit 225 (früher 177) auf 5 Jahre gewählten Abgeordneten.

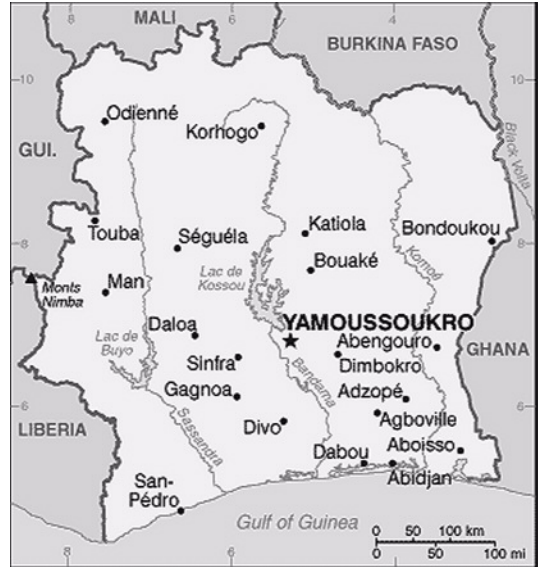
Wahlen: Nächste Parlaments- und Präsidentsschaftswahlen in 2005; die letzten fanden 2000 statt; als Wahlsieger ging die Front Populaire Ivoirien FPI von Gbagbo hervor (96 von 225 Sitzen).

Parteien: Front Populaire Ivoirien (FPI, seit 2000 christl. Regierungspartei, Laurent Gbagbo), Parti Démocratique de Côte d'Ivoire (PDCI, von 1960-1999 christl. Regierungspartei, Konan Bédié, Felix Houphouët-Boigny), Rassemblement des Républicains (RDR, seit 1994 islamische Oppositionspartei, Allasane Dramane Ouattara), Comité national de Salut Public (CNSP, 1999-2000 Militärregierung unter Robert Guei), Rassemblement pour le Consensus National (RCN, Souleymane Coulibaly).

Recht und Gerichtswesen: Verfassungsgericht, oberster Gerichtshof (Strafrecht, Finanz-, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Revisionsfälle). Todesstrafe für Schwerverbrechen wurde mit der neuen Verfassung vom Jahre 2000 abgeschafft. *Weibliche* Genitalverstümmelung ist gesetzlich verboten, was in den ländlichen Teilen wegen Voranstellung der Tradition aber oft nicht umgesetzt wird. Gewalt gegen Frauen – insbesondere in der Ehe – wird von Polizei und Gerichten nur bei ernsthaften Verletzungen und Anklage bearbeitet. Die *Haftbedingungen* in Côte d'Ivoire entsprechen nicht europäischen Standards, sind hart und lebensbedrohend. Gericht und Polizei stehen unter Einfluss von Präsident Gbagbo.

Wehrdienst: Ab 18 Jahren, für 18 Monate (Verfügbarkeit von 15-49).

Chronik: Die heutige Elfenbeinküste ist nach wie vor faktisch zweigeteilt in einen von der *Regierung Gbagbos (FPI)* kontrollierten, vorwiegend christlichen Süden, und einen von *Rebellengruppen (Forces Nouvelles)* kontrollierten, vorwiegend islamischen Norden. In der Pufferzone dazwischen überwachen ca. 4000 französische Soldaten und ca. 1350 Soldaten der ECOWAS die Waffenstillstandslinie zwischen Armee und Rebellen. Weitere Akteure: aus ehemaligen Studenten-



Quelle: CIA-The World Factbook 2002



gruppen sind *zivile Milizen* entstanden (mit Verbindungen zur Regierungspartei FPI oder zur Oppositionspartei RDR), die sich in Selbstverteidigungskomitees organisiert haben und in den Städten gegen politische Gegner, auf dem Land um Boden kämpfen (z.B. die „*young patriots*“, die Gbagbo nahestehen). Auch den für viele Menschenrechtsverletzungen verantwortlichen „*Todeschwadronen*“ wird eine Verbindung zur Regierung Gbagbos nachgesagt. Der Konflikt in der über 30 Jahre als politisch stabil geltenden Elfenbeinküste dreht sich hauptsächlich um die Frage der „Ivoirité“ (Nicht-Ivorer dürfen nicht für die Präsidentschaft kandidieren, seit 1998 auch kein Land mehr besitzen). Diese restriktiven Bedingungen führten zu Aufständen und Konflikten. 2002 wurde versucht, durch Einbezug der Oppositionspartei RDR von Ouattara (hauptsächlich unterstützt von Nordivoren, Burkanibé und anderen westafrikanischen Einwanderern) in eine Regierung der *nationalen Einheit*, die Situation zu stabilisieren. RDR-SympathisantenInnen wurden aber weiterhin festgenommen und schikaniert. Die Stabilisierung wurde durch einen erneuten Putschversuch am 19.9.2002 beendet. Die Rebellengruppe *Mouvement Patriotique de la Côte d'Ivoire MPCI* (fordert den Rücktritt von Gbagbo, Neuwahlen und ein Ende der Politik der ethnischen Trennung) besetzte den gesamten Norden. Im November 2002 besetzten zwei weitere Rebellengruppen, die *Mouvement Populaire de Grande-Ouest MPIGO* und die *Mouvement pour la Justice et de la Paix MJP* (Anhänger des Ex-Präsidenten Guei) Teile des Westens. Der ökonomisch bedeutsame Süden blieb unter Regierungskontrolle. Bereits im Oktober 2002 kam es mit MPCI und Mitte Januar mit MPIGO und MJP zum Abschluss eines **Waffenstillstandes**. Am 24.1.2003 wurde in Limas-Marcoussis bei Paris ein **Friedensvertrag (LMA)** abgeschlossen und ein neuer Premierminister, Sedou Diarra, ernannt. Mitte April 2003 nahm ein neues *Kabinett der nationalen Versöhnung* mit Rebellenbeteiligung unter dem „Konsens“-Premier Diarra seine Arbeit auf. Im Mai 2003 wurde ein **Waffenstillstand** unterschrieben, um die beinahe acht Monate andauernde Rebellion zu beenden. Dem neuen Kabinett Diarras gelang die Einführung des Amnestiegesetzes für die Rebellen, weitere im LMA festgehaltene Reformvorhaben sind aber noch nicht umgesetzt. Ende September 2003 traten die „*Forces Nouvelles*“ aus dem Kabinett Diarras aus und warfen Gbagbo vor, er bereite einen neuen Krieg vor. Obwohl die Rebellen Ende 2003 der Regierung wieder beitraten, sollen beide Seiten erneut mit der Rekrutierung von Soldaten begonnen haben. Gewalttätige Übergriffe von Regierungsmilizen halten an. Der UN-Sicherheitsrat entschied sich am 4.2.2004 gegen die Entsendung von Blauhelmsoldaten, verlängerte aber das Mandat der französischen und westafrikanischen Truppen bis zum 27.2.2004.

Menschenrechtssituation: Nach dem Putsch vom 19.9.2002 begingen staatliche Sicherheitskräfte (Armee, Republikanische Garden, nationale Polizei, Gendarmerie), Rebellengruppen (beide unterstützt von liberianischen Rebellen) sowie zivile Milizen massive Menschenrechtsverletzungen wie Folter, Massenhinrichtungen, Abbrennen von Wohnquartieren, Plünderungen oder Liquidierungen, *was bis heute weder untersucht noch bestraft wurde*. Trotz der offiziellen Beendigung der Kämpfe, leidet die Zivilbevölkerung weiterhin unter bewaffneten Überfällen, Plünderungen oder Vergewaltigungen aufgrund der *mangelnden Rechtsstaatlichkeit*. Regierung und Rebellen haben *Söldner* aus Liberia, Südafrika, Grossbritannien und Frankreich angeheuert, über welche sie mittlerweile die Kontrolle verloren haben, und die ziellos mit grosser Brutalität gegen die Bevölkerung vorgehen. Im von den Rebellen kontrollierten Norden wird von einer Situation zunehmender Rechtslosigkeit gesprochen. Ein grosses Problem stellen dabei die hohe Anzahl rekrutierter Soldaten auf beiden Seiten sowie die unzähligen Waffen dar, weil der *Prozess der Entwaffnung-Demobilisierung-Rückkehr-Reintegration* noch in den Anfängen ist. Nur in Abidjan konnte ein gewisses Sicherheitsniveau etabliert werden, nicht aber ausserhalb. Für die ungefähr an eine Million grenzenden intern Vertriebenen ist eine Rückkehr an ihre ursprünglichen Herkunftsorte weiterhin nicht möglich. Im Jahre 2002 waren Journalisten und Menschenrechtsaktivisten Todesdrohungen, willkürlichen Festnahmen und Verhören ausgesetzt.

Asylgesuche in der Schweiz: Januar–Dezember 2003: 255 Asylgesuche, 5 Asylgewährungen, 147 Ablehnungen, 34 Nichteintreten, 41 andere Erledigungen, 152 hängig am 31.12.2003.¹

¹ Quellen: UNHCR, Position Januar 2004; Human Rights Watch 2004; CIA-Factbook 2002; BFF, Asylstatistik 2003; Amnesty International 2003; UNDP Human Development Report 2003

